

# **Themenpapier Nr 10**

## **Letland und die Erweiterung der Europäischen Union**

Die in diesem Dokument geäußerten Ansichten entsprechen nicht unbedingt den Standpunkten des Europäischen Parlaments.

---

### **INHALT**

#### **I. ÜBERBLICK**

#### **II. POLITISCHE LAGE**

- a) Jüngste Geschichte
- b) Die Institutionen
- c) Aktuelle Entwicklungen

#### **III. WIRTSCHAFTSLAGE**

- a) Überblick
- b) Wirtschaftsleistung
- c) Wirtschaftspolitik
- d) Aussenwirtschaftsbeziehungen

#### **IV. BEZIEHUNGEN ZUR EU UND ERWEITERUNG**

- a) Kommission
- b) Europäisches Parlament
- c) Ministerrat und Europäischer Rat

#### **ANHANG**

---

## **I. ÜBERBLICK**

Auch in diesem Jahr war das politische Leben Lettlands wieder von einer Instabilität gekennzeichnet, die für das Land seit Wiederherstellung der Unabhängigkeit typisch ist. Im April trat Ministerpräsident Andris Skele wegen Unstimmigkeiten im Zusammenhang mit seiner Vorgehensweise in einzelnen Aspekten des Privatisierungsprozesses zurück. An seine Stelle trat Andris Berzins, der ehemalige Bürgermeister von Riga, der einer von der Saeima gleichermaßen unterstützten Koalition vorsteht.

Als besonders positiv hat sich für Lettland die Eröffnung der Beitrittsverhandlungen mit der EU erwiesen. Im März begannen die Verhandlungen zu acht Kapiteln, von denen fünf bis zum Ende der portugiesischen Präsidentschaft vorläufig geschlossen werden konnten. Die lettische Präsidentin, Varia Vike-Freiberga, hat darauf hingewiesen, dass ihr Land die Beitrittsverhandlungen gern bis zum Jahr 2003 abschließen möchte, um der EU 2005 beitreten zu können.

## **II. POLITISCHE LAGE**

### **a) Jüngste Geschichte**

Im Mittelalter war Lettland von wechselnden ausländischen Mächten besetzt, die wegen der guten strategischen Handelslage und weitgehend eisfreien Küste an dem Land interessiert waren. Im Rahmen des Vertrages von Nystad fiel der größte Teil Lettlands 1771 unter russische Herrschaft. Ein Jahr später wurde auch Ostlettgallen im Zuge der ersten Teilung Polens dem russischen Territorium einverleibt, während die dritte Teilung 1795 dem Russischen Reich das Herzogtum Kurland einbrachte. Nach der russischen Revolution 1917 erlebte die lettische Unabhängigkeitsbewegung einen Aufschwung, wenngleich die vollständige Unabhängigkeit erst 1922 erreicht wurde, nachdem die lettische nationalistische Regierung unter Karlis Ulmanis erst die bolschewistischen und dann die deutschen Truppen aus dem Land gejagt hatte. Allerdings sollte die Unabhängigkeit nur von kurzer Dauer sein. Im Rahmen des zwischen Deutschland und der Sowjetunion am 23. August 1939 geschlossenen Nichtangriffspaktes fielen die baltischen Republiken unter den Einflussbereich Moskaus.

Am 17. Juli 1940 marschierten sowjetische Truppen in Lettland ein. Im Anschluss daran wurde das Land praktisch annektiert, nachdem manipulierte Wahlen eine Regierung an die Macht gebracht hatten, die den Beitritt zur Sowjetunion forderte. Nach erfolgter Invasion übernahm Deutschland 1941 die Kontrolle in Lettland. Im Ergebnis der Vertreibung der Nazi-Truppen 1944 durch die Rote Armee erlangte die Sowjetunion erneut die Herrschaft im Lande. Damit wurden die lettische Wirtschaft, Infrastruktur und das politische Leben in das sowjetische System integriert, was die Industrialisierung der Wirtschaft und Kollektivierung der Landwirtschaft einschloss. Die Kommunistische Partei Lettlands (KP) verfügte über ein uneingeschränktes Machtmonopol, während alle anderen politischen Parteien verboten waren. Nach dem Tode Stalins kam es unter Chruschtschow zu einer kurzen Periode der Dezentralisierung von Moskau, die jedoch schnell wieder durch eine Politik des harten Durchgreifens abgelöst wurde. Unter der Herrschaft von Breschnew setzte ein Wiedererstarren des lettischen Nationalbewusstseins ein, was vor allem in Umweltfragen und in der Wiederbelebung der kulturellen lettischen Traditionen seinen Ausdruck fand.

Im Zuge der Glasnost- und Perestroika-Politik von Michail Gorbatschow wurden die Stimmen der lettischen Dissidenten nach 1985 lauter. Allerdings trafen sie auf starken Widerstand der konservativen, von Russen dominierten KP unter der Führung von Boris Pugo. Im September 1988 ging Boris Pugo nach Moskau und an seine Stelle trat der vergleichsweise liberale Janis Vargis. Einen Monat später fand der Gründungskongress der Lettischen Volksfront (LTF) statt. Etwa zur gleichen Zeit erblickte auch die Lettische Nationale Unabhängigkeitsbewegung (LNNK) das Licht der Welt. Im Juli 1989 rief der Oberste Sowjet Lettlands die Souveränität und wirtschaftliche Unabhängigkeit des Landes aus.

In den Wahlen 1990 gewann die LTF die Mehrheit der Sitze im Obersten Sowjet, der damals bereits Oberster Rat hieß. Mit der Abstimmung über die Wiedereinführung der Verfassung aus dem Jahre 1922 wurde die sowjetische Annektierung von 1940 für illegal erklärt. Ministerpräsident wurde ein führender Politiker der LTF, Ivars Godmanis. Unter Druck der konservativen Kräfte in Moskau entsandte Michael Gorbatschow Fallschirmjäger des sowjetischen Innenministeriums, die am 2. Januar 1991 das Rigaer Pressegebäude und am 20. Januar das Ministerium des Inneren stürmten. In den sich daran anschließenden Unruhen fanden vier Menschen den Tod. In einem Volksentscheid sprachen sich am 3. März 1991 73,7 % für die Unabhängigkeit des Landes aus. Damit wurde die von Moskau für eine Abspaltung vorgegebene Zweidrittelmehrheit problemlos erreicht. Nach dem gescheiterten Putschversuch gegen Gorbatschow im August 1991 (an dem Boris Pugo maßgeblich beteiligt war) änderte sich das Klima, so dass es Lettland nach im selben Monat möglich wurde, die KP zu verbieten. Am 6. September 1991 wurde die Unabhängigkeit Lettlands durch den Staatsrat der Sowjetunion offiziell anerkannt.

Mit der wirtschaftlichen Talfahrt im Lande büßte die nach der Unabhängigkeit ins Amt gekommene Regierung unter Führung der LTF rasch an Popularität ein. Zudem war die Partei auch innerlich zerrissen, so dass sie zum Zeitpunkt der ersten lettischen Wahlen nach der Unabhängigkeit im Juni 1993 kurz vor dem Aus stand. Die meisten Sitze gewann die Partei „Lettlands Weg“, eine rechts von der Mitte angesiedelte Partei unter Führung von Anatolijs Gorbunovs, die erst Anfang des Jahres gegründet worden war. Sie bildete zusammen mit dem Bauernbund (LZS), der die Interessen der Landwirtschaft vertritt, eine Koalitionsregierung. Ministerpräsident wurde Valdis Birkavs, ein führender Politiker des Bauernbundes, und im darauf folgenden Jahr wurde ein weiteres Führungsmittglied der Partei, Guntis Ulmanis – der Neffe des Ministerpräsidenten Karlis Ulmanis, der in der Periode zwischen den beiden Weltkriegen die Geschicke des Landes lenkte – von der Saeima zum Staatspräsidenten gewählt. Allerdings haben sich die Regierungskoalitionen seither als instabil erwiesen, wobei die Regierungsverhandlungen im Anschluss an die Wahl 1995 besonders schwierig waren.

## **b) Institutionen**

Bei der derzeit geltenden am 21. August 1991 verabschiedeten Verfassung handelt es sich um eine überarbeitete Version der Verfassung vom 15. Februar 1922, die zwischen den beiden Weltkriegen in Kraft war. Für die Legislative ist die aus einer Kammer mit 100 Sitzen bestehende Saeima, das Parlament Lettlands aus der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg, zuständig, das nach den Wahlen im Juni 1993 an die Stelle des Obersten Rates mit 210 Sitzen getreten ist. Das Wahlsystem beruht auf dem Verhältniswahlrecht, wobei eine Partei die 5% -Hürde überspringen muss, um ins Parlament zu gelangen, das für einen Zeitraum von vier Jahren gewählt wird.

Die Saeima wählt den Präsidenten in geheimer Wahl für maximal zwei aufeinanderfolgende Amtszeiten. Dieser nimmt überwiegend Repräsentationsaufgaben wahr, verfügt aber über erhebliche politische Autorität in der Außen- und Innenpolitik und ist gleichzeitig Oberhaupt der Streitkräfte. Der Präsident ernennt den Ministerpräsidenten, welcher dann eine für die Saeima akzeptable Regierung aufstellt. Zwar hat der Präsident das Recht, das Parlament aufzulösen, er muss jedoch vor vorgezogenen Wahlen ein Referendum durchführen. Gleichzeitig verfügt er bei der Verabschiedung von Gesetzen über ein Vetorecht, das aber durch qualifizierte Mehrheit der Saeima außer Kraft gesetzt werden kann.

Das Justizwesen ist nach dem Prinzip der allgemeinen Gerichtsbarkeit aufgebaut, wobei der Oberste Gerichtshof die höchste Instanz in allen straf- und zivilrechtlichen Fällen ist. Bei den Justizorganen handelt es sich um politisch selbstständige Einheiten, die allerdings wegen Ineffektivität und langen Verzögerungen zwischen den Gerichtsverhandlungen und der Durchsetzung der Urteile immer wieder in die Kritik geraten. Im Jahre 1996 trat das Verfassungsgericht, das über die Verfassungsmäßigkeit der Gesetze befundet, zu seiner ersten Sitzung zusammen. Das unabhängige Menschenrechtsbüro wacht über die lettischen Menschenrechte und die Einhaltung völkerrechtlicher Normen.

Die letzten Wahlen in Lettland fanden am 3. Oktober 1998 statt. Zusammen mit den Wahlen wurde ein Volksentscheid über eine Änderung des Staatsbürgerrechtes durchgeführt. Aus den Wahlen gingen die reformorientierten, für Marktwirtschaft und rasche Fortschritte auf dem Weg zur EU-Mitgliedschaft eintretenden Parteien als führende Kraft hervor. Gleichzeitig signalisierten sie eine Fortsetzung der Regierungspolitik in diesen Bereichen. Der Posten des Ministerpräsidenten ging an Vilis Kristopans von Lettlands Weg. Insgesamt führten die Wahlen zu folgenden Ergebnissen:

Partei	Anteil der Stimmen	Zahl der Sitze
Volkspartei (TP)	21,19	24
Lettlands Weg (LC)	18,05	21
Konservative Union für Vaterland und Freiheit (TuB/LNNK)	14,65	17
Partei der Nationalen Eintracht	14,12	16
Sozialdemokratische Partei	12,81	14
Neue Partei	7,31	8
Sonstige	11,87	-

Unter den 100 gewählten Parlamentsabgeordneten befinden sich 17 Frauen.

**c) Aktuelle Entwicklungen**

i) Andris Skele tritt als Ministerpräsident zurück

Am 12. April trat Ministerpräsident Andris Skele nach nur 9-monatiger Amtszeit zurück, was gleichzeitig das Aus für die neunte lettische Regierung seit Wiederherstellung der Unabhängigkeit bedeutete. Somit liegt die durchschnittliche Lebenserwartung der Regierungen seit 1990 bei nur reichlich 13 Monaten. Dabei hat sich die Zusammensetzung dieser instabilen Koalitionen im Laufe der Jahre nicht radikal verändert, so dass die anhaltend instabile Lage nicht ideologisch bedingt, sondern auf andere Faktoren zurückzuführen sein dürfte.

Hauptursache scheinen Persönlichkeitskonflikte sowie enge Beziehungen zwischen politischen Parteien und rivalisierenden Unternehmensgruppen zu sein.

Auslöser für den Rücktritt von Ministerpräsident Skele war die versuchte Entlassung seines Wirtschaftsministers, Vladimirs Makarovs. Während Vladimir Makarovs für eine Verlangsamung des Privatisierungsprozesses eintrat, um auf diese Weise die Erlöse zu maximieren, setzte sich der Leiter der lettischen Privatisierungsbehörde, Janis Naglis, für einen schnellen Verkauf der verbleibenden großen Staatsbetriebe ein. Vladimirs Makarovs nutzte rechtliche Unklarheiten im Vertrag von Janis Naglis, um ihn im April letztendlich von seinem Posten in der Privatisierungsbehörde zu vertreiben. Damit handelte er gegen die Anweisungen von Ministerpräsident Skele, der in dieser Angelegenheit dem Vernehmen nach auf der Seite von Janis Naglis stand, wenngleich dieser zur Führungsriege von Lettlands Weg gehörte, einer Partei, die zwar derselben Koalitionsregierung wie die Volkspartei von Skele angehörte, häufig aber andere Positionen vertrat. Am 7. April entließ Ministerpräsident Skele Vladimirs Makarovs, ohne zuvor eine der anderen Parteien in seiner Drei-Parteien-Koalition konsultiert zu haben. Verärgert über die Entscheidung von Ministerpräsident Skele drohte die rechts von der Mitte stehende Allianz für Vaterland und Freiheit-Lettische Nationale Unabhängigkeitsbewegung (TuB-LNNK) von Makarovs, dem Ministerpräsidenten ihre Unterstützung zu entziehen, falls dieser den Wirtschaftsminister nicht wieder einsetzt. Trotz des drohenden Verlusts der parlamentarischen Mehrheit für die Regierung ohne die Unterstützung der TuB-LNNK weigerte sich der Ministerpräsident, dieser Forderung nachzukommen. Angesichts eines Misstrauensantrags mit ungewissem Ausgang reichte Andris Skele daraufhin seinen Rücktritt ein.

Zwei Faktoren mögen die Rücktrittsentscheidung von Andris Skele begünstigt haben. Erstens war ihm möglicherweise bewusst, dass durch seine Unpopularität eine Fortführung der Koalition zunehmend schwieriger geworden wäre und er dadurch unter Umständen nicht einmal sein wirtschaftliches Reformprogramm hätte durchsetzen können. Auch hatte sein Regierungsstil ihm bereits einmal den Posten gekostet, als er 1997 als parteiunabhängiger Ministerpräsident einer breiten Koalitionsregierung zurücktreten musste und verschiedene Minister als Hauptgrund für diesen Schritt seinen persönlichen Stil angaben. Bei ihrer Drohung mit Rückzug aus der Regierung machte die TuB-LNNK gleichzeitig klar, dass sie an einer Fortsetzung der Regierungskoalition ohne Andris Skele durchaus interessiert sei. Alle regierenden Parteien verblieben im Kabinett, und die Neue Partei kehrte nach 9-monatiger Pause in die Regierung zurück. Vom neuen Ministerpräsidenten, Andris Berzins, wurde eine Verfügung erlassen, derzufolge ehemalige Ministerpräsidenten nicht Mitglied des neuen Kabinetts sein können; ein Schritt, mit dem eindeutig das Ziel verfolgt wird, Andris Skele von der Regierung fern zu halten.

Gleichzeitig kann der Rücktritt von Andris Skele auch mit seinem Ruf in der Öffentlichkeit in Verbindung stehen. Im April war sein Name im Rahmen einer parlamentarischen Untersuchung in einen großen Kinderschänderring zusammen mit den Namen verschiedener anderer hochrangiger Beamter aufgetaucht (siehe nachstehende Erläuterungen). Allerdings konnten keinerlei Beweise für ein Fehlverhalten von Andris Skele oder einem der anderen Beamten erbracht werden, so dass diese Anschuldigungen möglicherweise lediglich Teil der für das politische Leben Lettlands so typischen Schlammschlachten sind. Allerdings war es der Popularität von Andris Skele kaum zuträglich als durchsickerte, dass er seinen Nahrungsmittelkonzern „Ave Lat“ Ende März verkauft hat. Vom Käufer, einem zwielichtigen

Unternehmen aus dem Ausland, erhielt er 29 Millionen US\$ für einen Konzern, der in jüngster Zeit stark mit Verlusten und Außenständen zu kämpfen hatte.

ii) Neuer Ministerpräsident wird Andris Berzins

Da die Volkspartei neben Andris Skele kaum über erfahrende Politiker verfügt, fiel der Posten des Ministerpräsidenten erneut an Lettlands Weg. Diese Partei war seit der Unabhängigkeit in allen Regierungskoalitionen vertreten und kann daher auf den größten Stamm an erfahrenen Politikern zurückgreifen. Aus dem Amt der Präsidentin verlautete, dass Vaira Vike-Freiberga einem parteilosen Kandidaten den Vorzug geben würde, um dem Risiko eines erneuten Koalitionsbruchs durch innerparteiliche Grabenkämpfe vorzubeugen. Zu ihren Verzugskandidaten gehört Einars Repse, der energiegeladene und anerkannte Präsident der lettischen Zentralbank. Doch die Partei Lettlands Weg bestand auf ihrem eigenen Kandidaten, so dass Vaira Vike-Freiberga schließlich Andris Berzins mit der Bildung der neuen Regierung beauftragte.

Bei dem 48-jährigen Andris Berzins handelt es sich um einen erfahrenen Politiker, der bereits in drei Kabinetten als Minister für Arbeit und Soziales tätig war, darunter auch in der ersten Regierung von Andris Skele 1995, bevor er 1997 zum Bürgermeister von Riga gewählt wurde. Im Gegensatz zu Andris Skele, der sehr ergebnisorientiert arbeitet und zur Erreichung seiner Ziele auch hat durchgreift, wird Andris Berzins nachgesagt, er setze stärker auf Konsens und Dialog. Sein Geschick zur Erreichung von Konsenslösungen stellte er während seiner Zeit als Arbeitsminister unter Beweis, als er die Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände an einen Tisch brachte, damit sie gemeinsam über mehrere kontroverse Sozial- und Arbeitsgesetze verhandelten. An dieser Linie will er festhalten, wie der von ihm verkündete Übergang von den unter Andris Skele üblichen Mehrheitsentscheidungen zu Konsensentscheidungen im Kabinett erkennen lässt. Dabei scheint Andris Berzins über günstige Voraussetzungen zu verfügen, die Risse im politischen Parteienspektrum zu überwinden, die zwei Regierungskrisen seit den Wahlen im Oktober 1998 hinterlassen haben. Nach drei Jahren in der Kommunalpolitik fällt es ihm heute vielleicht leichter, über den parteipolitischen Querelen zu stehen und zwischen gegensätzlichen Forderungen zu vermitteln. Zudem ist es Andris Berzins gelungen, sich aus politischen Skandalen herauszuhalten, was angesichts des skandalumwitterten politischen Klimas und der mit konstanter Regelmäßigkeit wiederkehrenden Berichte über Unregelmäßigkeiten in der Rigaer Stadtverwaltung durchaus eine Leistung ist.

Auch erfreut sich Andris Berzins einer hohen Beliebtheit bei den Wählern, und wengleich seine wirtschaftspolitischen Ansichten unklar sind, plant er die Befugnisse des Finanzministers auszuweiten, was auf seine Entschlossenheit zum Abbau des Haushaltsdefizits und zur Durchführung weiterer Wirtschaftsreformen schließen lässt. Als größte Herausforderung dürfte sich für Andris Berzins - wie schon für seine Vorgänger - der Kampf gegen überkommene persönliche Interessen erweisen, die die umfangreichen Privatisierungsvorhaben zu einer politisch hochexplosiven Angelegenheit haben werden lassen. Zwar hat er bereits angekündigt, dass er eine Trennung von Politik und Wirtschaftsinteressen anstrebt, doch ist bisher nichts darüber bekannt, wie er dies zu erreichen gedenkt.

iii) Kinderschänderakte wurde geschlossen

Von der Staatsanwaltschaft Lettlands wurde bekannt gegeben, dass die Klage gegen den ehemaligen Ministerpräsidenten Andris Skele, den ehemaligen Justizminister Valdis Birkavs und den Leiter der Nationalen Steuerbehörde Andrejs Sonciks wegen Kinderschändung aufgrund fehlender Anhaltspunkte für gesetzwidrige Handlungen eingestellt worden ist.

Nachdem ein Bericht des lettischen unabhängigen Fernsehsenders LNT in der Nachrichtensendung „Nedela“ (Die Woche) über die angebliche Verwicklung führender Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens in einen Prostitutions- und Pornografierung Minderjähriger den Kinderschänderskandal ausgelöst hatte, war 1999 ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss ins Leben gerufen worden. Wenngleich der Ausschuss stark im Lichte der Öffentlichkeit stand, soll nunmehr von Strafverfahren gegen die hochrangigen Persönlichkeiten Abstand genommen werden.

### III. WIRTSCHAFTSLAGE

#### a) Überblick

Bei 2,4 Millionen Einwohnern erzielte Lettland 1999 ein BIP von 2280 ECU pro Kopf der Bevölkerung<sup>1</sup>. In Kaufkraft ausgedrückt, ist dies etwa ein Viertel des Durchschnitts der EU-15. Das Land verfügt kaum über natürliche Rohstoffvorkommen und muss sein gesamtes Erdgas und Erdöl ebenso wie die Hälfte seines Energiebedarfes einführen. Gestützt auf einen breiten sozialen Konsens über die Notwendigkeit zur Anhebung des Lebensstandards und zur Annäherung an die europäische Wirtschaft hat Lettland seit Wiedererlangung seiner Unabhängigkeit im August 1991 ein umfangreiches Programm der wirtschaftlichen Stabilisierung und Marktformen in Angriff genommen. Beim realen BIP, das sich 1999 nur schleppend entwickelt hat, wird für 2000 eine Wachstumsrate von 3% erwartet, die insbesondere durch einen Exportaufschwung angesichts der Konjunktur in der EU-Wirtschaft erreicht werden soll<sup>2</sup>.

**Tabelle 1: Ausblick 2000 bis 2001 - Zusammenfassende Prognose für Lettland**

	<b>Zusammenfassende Prognose</b>			
	<b>1998</b>	<b>1999</b>	<b>2000(a)</b>	<b>2001(a)</b>
Reales BIP-Wachstum (in %)	3,9	0,1	3,0	5,0
Industrieproduktion (in %)	2,0	-8,8	4,0	6,0
Verbraucherpreise (in %) (b)	4,7	2,4	3,5	4,0
Leistungsbilanzsaldo (Anteil am BIP)	-10,7	-10,2	-11,6	-10,1
Wechselkurs (Lettischer LAT : US-Dollar) (b)	0,59	0,59	0,60	0,58

(a) Prognose (b) Jahresdurchschnitt

Quelle: *Referat Wirtschaftsinformation, EUI Viewswire*, 14. Juni 2000.

#### b) Wirtschaftsleistung

Durch das 1992 in Angriff genommene Stabilisierungsprogramm und die Einleitung von Marktformen ist es erst einmal zu einem starken Absinken des realen BIP bei gleichzeitiger Senkung der Inflation gekommen. Bei den Verbraucherpreisen sind die jährlichen Zuwachsraten ständig gesunken, und zwar von nahezu 1000% 1992 auf 2,4% 1999, so dass sich Lettland rühmen kann, eine der niedrigsten Zuwachsraten unter den Reformländern aufzuweisen.

<sup>1</sup> EUROSTAT. „Das BIP der Kandidatenländer“, *Statistik kurzgefasst, Wirtschaft and Finanzen*, 17/2000.

<sup>2</sup> *Referat Wirtschaftsinformation*, Lettland, Länderausblick, 28. Juni 2000.

Mittlerweile hat Lettland auch das durch die russische Finanzkrise vom August 1998 ausgelöste Konjunkturtief überwunden. Diese Krise konnte Lettland erfassen, weil das Land nach wie vor bedeutende Handels- und Finanzbeziehungen mit der Gemeinschaft der Unabhängigen Staaten (GUS) unterhält. Bei den Ausfuhren in diese Region waren starke Einbrüche zu verzeichnen, und auch heute noch ist das Exportvolumen deutlich geringer als zu Zeiten vor der Krise. Vor diesem Hintergrund kam das Wirtschaftswachstum 1999 nur schleppend voran. Im Zuge der Weiterführung der strengen makroökonomischen Maßnahmen und Strukturreformen und unterstützt durch die Ausfuhren in die EU wird erwartet, dass das BIP Lettlands im Jahr 2000 um 3 % und im Jahr 2001 um 5 % ansteigt. Für den gleichen Zeitraum wird von einer gemäßigten Inflationsrate in einer Größenordnung von 3,5 % ausgegangen. Das Leistungsbilanzdefizit lag 1999 bei ca. 10 % des BIP und hat sich damit gegenüber dem Vorjahr kaum verändert. Angesichts der jüngsten Wiederbelebung des Exportgeschäfts mit der EU und der GUS sowie der geplanten aufsichtsrechtlichen Maßnahmen in der Finanzpolitik kann es im Jahr 2000 - ungeachtet der erwarteten steigenden Einfuhren infolge der Wiederbelebung der nationalen Wirtschaft - möglicherweise zu einer Stabilisierung des Leistungsbilanzdefizits kommen. Allerdings könnte diese Stabilisierung durch die Auswirkungen der Schwäche des Euro gegenüber dem Dollar gedämpft werden. Dies lässt sich am besten anhand der Erfahrungen der baltischen Staaten verdeutlichen<sup>1</sup>. Jedes baltische Land verfügt über ein festes Wechselkurssystem. Auf die Wettbewerbsfähigkeit der Preise von Exporten aus Lettland, dessen Währung Lat fest an die Sonderziehungsrechte gebunden ist, und aus Litauen, wo die Währung an den US-Dollar gekoppelt ist, hat sich die Euro-Schwäche negativ ausgewirkt. Beispielsweise hat der Lat von Januar 1999 bis Mai 2000 18 % gegenüber dem Euro an Wert gewonnen. Im Gegensatz dazu ist die estnische Währung fest an den Euro gekoppelt, wodurch Estland die Wettbewerbsfähigkeit seiner Preise auf den Märkten der Euro-Zone aufrechterhalten konnte.

### c) **Wirtschaftspolitik**

Im April 2000 übernahm Andris Berzins nach dem Rücktritt von Andris Skele das Amt des Ministerpräsidenten (siehe oben). Als Hauptgrund für diesen Rücktritt werden Unstimmigkeiten im Zusammenhang mit dem Privatisierungsprozess angenommen. Auch die letzten beiden Regierungen sind infolge von Streitigkeiten über die Privatisierungsstrategie gescheitert, und diese Frage wird auch in Zukunft ein heikles Thema bleiben. Andris Berzins hat in der Privatisierungsfrage nunmehr einen Kompromiss ausgehandelt. Gleichzeitig verspricht seine Regierung politische Kontinuität und ein flexibleres Herangehen an die Probleme von Minderheiten<sup>2</sup> durch Förderung des sozialen Zusammenhaltes und der Zusammenarbeit zwischen den Volksgruppen in einem Land, in dem eine Gruppe von 30 % der Bevölkerung, die zumeist Russisch spricht, nicht über die lettische Staatsbürgerschaft verfügt und die lettische Sprache kaum oder gar nicht beherrscht.

Der im Vergleich zu anderen Reformländern eher schwerfällig angelaufene Privatisierungsprozess hat 1997 einen starken Aufschwung erfahren. Mittlerweile ist der Verkauf von kleinen und mittleren Unternehmen weitgehend abgeschlossen. Allerdings kommt es aufgrund des innenpolitischen Drucks im Lande nach wie vor zu einer Behinderung des Privatisierungsprozesses großer Infrastrukturunternehmen. Von der neuen Regierung wurde versprochen, den Energieversorger Latvenergo, die lettische Reederei, das Gasversorgungsunternehmen Latvijas Gas sowie den Monopolisten für Festnetztelekommunikation Lattelecom innerhalb eines Jahres zu privatisieren. Das Kabinett hat

<sup>1</sup> *Oxford Analytica*, „Euro impact“, 17. Mai 2000

<sup>2</sup> *Oxford Analytica*, „Privatisation problems“, 7. Juni 2000.



zugestimmt, die Aufsicht großer Privatisierungsvorhaben in die Hände internationaler Investitionsbanken zu legen, die im Rahmen von Ausschreibungen ermittelt werden. Auch bei der Stärkung der ordnungspolitischen Rahmenbedingungen im Versorgungssektor wurden Fortschritte erzielt, die zu einem besseren Geschäftsklima, einer Stärkung des Rechts- und Justizsystems sowie zu mehr Effektivität und Transparenz im öffentlichen Sektor geführt haben<sup>1</sup>. Ungeachtet der politischen Kontroverse um den Privatisierungsprozess ist es der Regierung und ihrer Privatisierungsbehörde gelungen, den Anteil des privatwirtschaftlichen Sektors am BIP drastisch von etwa einem Viertel 1994 auf reichlich zwei Drittel im Jahr 2000 zu steigern. Allerdings verbleiben der Regierung noch immer einige schwer verkäufliche Unternehmen, während die Privatisierung anderer Firmen, insbesondere des Monopolisten im Energiesektor Latvenergo, mit politischen Schwierigkeiten behaftet ist. Hier hat die von der oppositionellen Sozialdemokratischen Partei geforderte Durchführung eines Referendums über den Verkauf von Latvenergo gewisse Unsicherheit geschaffen.

Neben der Privatisierung im großen Stil strebt die neue Regierung auch eine straffere Haushaltspolitik an. Ziel ist es, konjunkturbereinigt auf mittlere Sicht einen annähernd ausgewogenen Haushalt zu erreichen. Dabei beabsichtigt die Regierung, das öffentliche Haushaltsdefizit auf maximal 2 % des BIP im Jahr 2000 zu begrenzen. Das Regierungsprogramm sieht schmerzliche Kürzungen vor, die in einer Zeit anhaltend hoher (inoffizieller) Arbeitslosenzahlen schwer durchsetzbar sind. Ende 1999 belief sich die Zahl der registrierten Arbeitslosen auf etwa 9 % der Erwerbsbevölkerung. Bei Zugrundelegung der Verfahren der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), bei denen die Arbeitssuchenden und nicht die Antragsteller auf Arbeitslosenunterstützung gezählt werden, erhöht sich diese Zahl noch um mehrere Prozentpunkte. Dabei bestehen nach wie vor große regionale Unterschiede in der Verteilung der Arbeitslosigkeit. Während die Arbeitslosigkeit in der Hauptstadt Riga unter 5 % liegt, ist sie im ländlichen Raum erheblich höher.

#### **d) Außenwirtschaftsbeziehungen**

##### **Lettland-EU**

Im Oktober 1999 wurde Lettland im Rahmen der jährlichen Überprüfung der Beitrittsvorbereitungen eine positive Entwicklung bescheinigt. Auf wirtschaftlicher Ebene konstatierte die Kommission klare Verbesserungen und kam zu dem Schluss, dass Lettland nunmehr als „funktionierende Marktwirtschaft“ betrachtet werden kann, ein Prädikat, das dem Land bei der Überprüfung 1998 noch verweigert wurde. Allerdings gab es auch Grund zur Besorgnis angesichts der Verzögerungen im Privatisierungsprozess großer Unternehmen und anhaltender Schwachstellen im Bankensektor, die durch die Krise in Russland zutage getreten sind. Nunmehr ist es erforderlich, den Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am BIP durch Schaffung eines besseren Investitionsklimas zu steigern, die Exportbasis bei Senkung des Anteils der Erzeugnisse mit geringerer Wertschöpfung zu diversifizieren und das Wachstum des mittelständischen Sektors zu fördern. Angesichts des Zusammenbruchs des russischen Exportmarktes 1999 wird mit einer Beschleunigung dieser Entwicklungen gerechnet.

Bei der weiteren Angleichung der gesetzlichen Bestimmungen und Politiken an den Besitzstand des Binnenmarktes wurden auf den Gebiet des Außenhandels, der staatlichen Beihilfen und des Wettbewerbs bedeutende Fortschritte erzielt. So sind inzwischen zahlreiche EU-Gesetze im

---

<sup>1</sup> <http://www.imf.org/external/mp/loe>, „Supplementary memorandum of economic policies“  
Memorandum des Direktoriums der lettischen Zentralbank an den Internationalen Währungsfonds, 15.  
Juni 2000

Bereich Steuern, Energie, Umweltschutz und Verkehr in nationales Recht überführt. Allerdings sind weitere Fortschritte im Hinblick auf Urheber- und gewerbliche Schutzrechte, Datenschutz, Unternehmensrecht, Telekommunikation, Zölle und Landwirtschaft erforderlich. Nachdem sich die institutionellen Rahmenbedingungen zur Durchsetzung des gemeinschaftlichen Besitzstandes verbessert haben, kommt es jetzt darauf an, die Kapazitäten zur Umsetzung und zur Verfolgung von Verstößen zu stärken.

Auf der Sitzung des Europäischen Rates vom 19. bis 20. Juni in Feira wurde festgestellt, dass in den Verhandlungen mit Lettland von den acht eröffneten Kapiteln „... nur in Bezug auf Kultur und audiovisuelle Politik, Außenbeziehungen und Wettbewerbspolitik kein vorläufiger Abschluss erreicht“ worden ist.

Im Jahre 1998 wickelte Lettland 56,6 % seiner Exportgeschäfte und 55,3 % seiner Importgeschäfte mit der EU ab. Wichtigste Handelspartner waren dabei Deutschland (16 % der Ausfuhren und 17 % der Einfuhren), Schweden (10 % der Ausfuhren und 7 % der Einfuhren) und das Vereinigte Königreich (13 % der Ausfuhren und 3 % der Einfuhren). Auf die GUS entfielen 19 % der Einfuhren und 16 % der Ausfuhren, wobei allein Russland für 12 % der Exporte und Importe aufkam. Im Jahre 1999 erhöhte sich der relative Stellenwert des Handels mit der EU, indem 62,5 % der lettischen Ausfuhren für den EU-Markt bestimmt waren. Um sein anhaltend hohes Leistungsbilanzdefizit abzubauen, muss Lettland die Ausfuhr von Erzeugnissen mit höherer Wertschöpfung steigern.

Lettland verfügt über ein liberales Handelssystem. Mit Wirkung vom 1. Juni 2000 wurden die zeitweiligen Einfuhrzölle auf Schweinefleischerzeugnisse außer Kraft gesetzt. Die EU hatte in dieser Schutzmaßnahme einen Verstoß gegen das Europa-Abkommen und eine wichtige Grundsatzfrage für die Sicherung einer abgestimmten Aufhebung der Einfuhrzölle der Kandidatenländer und der Ausfuhrerstattungen der EU gesehen.

### **Lettland-Russland**

Am 5. April 2000 sprach sich die russische Duma gegen einen Gesetzentwurf zur Verhängung von Wirtschaftssanktionen gegen Lettland aus, der zugleich die Beendigung russischer Ölausfuhren über Lettland sowie ein Verbot der Tätigkeit lettischer Firmen in Russland vorsah. Wenngleich damit die Gefahr von Sanktionen zurückgegangen ist, verfolgt Russland weiterhin sehr aufmerksam das in seinen Augen diskriminierende Staatsbürgerrecht und seine Auswirkungen auf das Leben der russischen Minderheit, die in Lettland 650.000 Personen umfasst.

Russische Wirtschaftssanktionen hätten auch negative Auswirkungen auf die Interessen einflussreicher russischer Unternehmen in Lettland, insbesondere in der Ölexportbranche und im Bankensektor. Mehr als 10 % des lettischen Handelsvolumens wird mit Russland abgewickelt. Allerdings verdeutlicht dies noch nicht das volle Ausmaß der wirtschaftlichen Abhängigkeit von Russland, profitiert Lettland als Transitland doch auch vom Handel zwischen dem Westen und Russland. Etwa 15 % der gesamten russischen Ölausfuhren erfolgen über Lettland, wodurch das Land Transitgebühren in Höhe von 100 Millionen Dollar einnimmt. Für Russland ist das Fehlen einer eigenen Exportroute zur Ostsee mit erheblichen Kosten verbunden. Überzeugt davon, dass die Nachbarstaaten die Transitgebühren künstlich in die Höhe treiben, hat Russland nunmehr mit dem Bau eines Pipelinetzes an die Ostsee begonnen, um sich von den Ölterminals der baltischen Staaten, und hier insbesondere vom lettischen Terminal in Ventspils, unabhängig zu machen.

Von den drei baltischen Ländern unterhält Lettland von jeher die engsten Beziehungen zu Russland, verfügt es doch über die am besten ausgebaute Transitinfrastruktur im Baltikum, die größte Russisch sprechende Gemeinschaft und eine günstige strategische Lage. Wenngleich Lettland in den neunziger Jahren eine umfassende Neuausrichtung seiner wirtschaftlichen Beziehungen weg von der ehemaligen Sowjetunion vorgenommen hat, ist es wirtschaftlich noch immer stärker an Russland gebunden als das Nachbarland Estland.

#### **IV. BEZIEHUNGEN ZUR EU**

##### **a) Europäische Kommission**

###### **i) Stellungnahme**

Lettland reichte am 27. Oktober 1995 seinen Antrag auf Mitgliedschaft in der Europäischen Union ein. Die Europäische Kommission veröffentlichte ihre Stellungnahme zum Antrag am 15. Juli 1997. Darin empfahl sie, Lettland noch nicht in die erste Gruppe der Länder aufzunehmen, mit denen Beitrittsverhandlungen eröffnet werden. In der Stellungnahme wurden im Wesentlichen folgende Punkte geltend gemacht:

###### *Politische Kriterien*

Die politischen Institutionen sind stabil und funktionstüchtig, und der demokratische Prozess verläuft fair und reibungslos. Allerdings muss Lettland sein Justizwesen stärken, den Kampf gegen Korruption intensivieren, das Verfahren zur Einbürgerung von russischen Nichtstaatsangehörigen beschleunigen und den Zugang von Minderheiten zu bestimmten Berufen erleichtern. Zudem wurde eine grundlegende Reform der Verwaltung und des Justizwesens gefordert.

###### *Wirtschaftliche Kriterien*

Lettlands BIP pro Kopf der Bevölkerung lag bei 18 % des EU-Durchschnitts. Bei der Errichtung einer verhältnismäßig offenen Marktwirtschaft sind deutliche Fortschritte erreicht worden. Wenngleich die Liberalisierung des Handels und der Preise weit vorangeschritten ist, war das Handelsdefizit hoch und die Ausfuhren bestanden überwiegend aus Waren mit geringer Wertschöpfung. Für die lettische Wirtschaft wäre es schwierig, sich angesichts des noch unvollständigen Privatisierungsprozesses, der fehlenden Wettbewerbsfähigkeit vieler Staatsbetriebe und der Schwachstellen im Bankensektor innerhalb der EU zu behaupten.

###### *Fähigkeiten zur Erfüllung der aus der Mitgliedschaft erwachsenden Verpflichtungen*

Nach Auffassung der Europäischen Kommission hat Lettland hinsichtlich der wesentlichen Marktvorschriften deutliche Fortschritte in den Bereichen Bankwesen, industrielle Urheberrechte sowie bei der Angleichung des Unternehmensrechts erzielt. Weitere Anstrengungen sind hingegen beim Schutz des geistigen Eigentums, öffentlichen Beschaffungswesen, Datenschutz und beim Wettbewerbs- und Steuerrecht erforderlich. In den Bereichen Bildung, Telekommunikation, Fischereiwesen sowie Außen- und Sicherheitspolitik wurden keine Probleme bei der Übernahme des rechtlichen und institutionellen Besitzstandes gesehen, während bezüglich der Umwelt, Landwirtschaft und Energiepolitik weitere Fortschritte notwendig sind. Wenngleich das Verkehrswesen bereits einer umfassenden Reform unterzogen wurde, benötigt Lettland weiterhin Investitionen, um das europäische Verkehrsnetz auszuweiten.

ii) Regelmäßiger Bericht

Am 13. Oktober 1999 veröffentlichte die Kommission ihren zweiten Regelmäßigen Bericht über Lettlands Fortschritte auf dem Weg zum Beitritt. In den Schlussfolgerungen heißt es:

„Lettland erfüllt weiterhin die politischen Kriterien von Kopenhagen. Zwar wurden erhebliche Fortschritte bei der Eingliederung der Einwohner, die nicht die lettische Staatsbürgerschaft besitzen, erzielt, jedoch ist dafür zu sorgen, dass der endgültige Wortlaut des Sprachengesetzes mit den internationalen Normen und dem Europa-Abkommen vereinbar ist. Die Stärkung der Justiz und die Erhöhung ihrer Leistungsfähigkeit, die Bekämpfung der Korruption und die Förderung des Lettischunterrichts zugunsten der Einwohner, die nicht die lettische Staatsbürgerschaft besitzen, erfordern weiterhin Aufmerksamkeit.

Lettland kann als funktionsfähige Marktwirtschaft betrachtet werden. Wenn Lettland seine makroökonomische Stabilität wahrt und die Strukturreform abschließt, dürfte es in der Lage sein, mittelfristig dem Wettbewerbsdruck innerhalb der Union standhalten zu können.

Infolge der Krise in Russland hat die Wirtschaftstätigkeit in Lettland deutlich nachgelassen. Unter diesen schwierigen äußeren Bedingungen konnte die makroökonomische und finanzielle Stabilität durch die angemessene politische Reaktion der Regierung gewahrt werden. Diese widrigen äußeren Umstände haben als Katalysator für günstige Entwicklungen im Finanz- und Unternehmensbereich gewirkt; die aufsichtsrechtlichen Vorschriften wurden verschärft und das Finanzwesen konsolidiert sich. Trotz der Konjunkturabschwächung in der Europäischen Union konnte Lettland seine Ausfuhren in die EU weiter steigern.

In nächster Zeit muss die Regierung, vor allem durch eine wirksame Kontrolle der öffentlichen Finanzen, auf die Wahrung der makroökonomischen Stabilität achten. Außerdem sollte sie daran arbeiten, die verbleibenden Hemmnisse für die Wirtschaftstätigkeit und Investitionen zu beseitigen. Die Privatisierung der letzten großen Unternehmen sollte abgeschlossen werden. Um die langfristige Produktivitätssteigerung und die Attraktivität Lettlands für ausländische Direktinvestitionen aufrechtzuerhalten, sollte Lettland weiterhin in die Infrastruktur und in die Qualifizierung seiner Erwerbsbevölkerung investieren.

Lettland hat bedeutende Fortschritte bei der weiteren Angleichung seiner Rechtsvorschriften an den gemeinschaftlichen Besitzstand für den Binnenmarkt gemacht, vor allem in bezug auf die sektorspezifischen Vorschriften in den Bereichen freier Warenverkehr, freier Dienstleistungsverkehr, Wettbewerb und staatliche Beihilfen. Die für die beiden letztgenannten Bereiche zuständigen Behörden haben ihre Tätigkeit aufgenommen und leisten gute Arbeit. Stetiger Fortschritt ist auch in den Bereichen Steuern, Energie und Schienenverkehr zu verzeichnen. Wesentliche Verbesserungen haben im Umweltschutz stattgefunden, insbesondere was Umweltverträglichkeitsprüfungen und Luftqualität betrifft. Was Justiz und Inneres angeht, haben sich vor allem die Visum- und Asylpolitik positiv entwickelt.

Erhebliche Arbeit bleibt noch beim Schutz geistiger und gewerblicher Eigentumsrechte zu leisten, vor allem was die Durchsetzung betrifft, sowie in bezug auf den Datenschutz und das Gesellschaftsrecht. Große Anstrengungen sind auch in den Bereichen Landwirtschaft, Fischerei- und Regionalpolitik zu leisten, wo die Strukturen noch an die Forderungen des gemeinschaftlichen Besitzstandes anzugleichen sind. Auch der Aufbau eines angemessenen Systems für die Finanzkontrolle verlangt noch große Anstrengungen. Sowohl der Fähigkeit zur Durchsetzung des gemeinschaftlichen Besitzstandes im sozialen Bereich als auch der

Sicherstellung einer zuverlässigen Zollverwaltung muss Aufmerksamkeit gewidmet werden. Das beeindruckende Programm für die Rechtsangleichung und strategische Planung im Umweltschutz muss sich in konkreten Um- und Durchsetzungsmaßnahmen niederschlagen. Die Leistungsfähigkeit der Polizei und die Koordinierung ihres Kampfes gegen die organisierte Kriminalität müssen verbessert werden.

Lettland hat weiterhin zufriedenstellende Arbeit bei der Umsetzung der kurzfristigen Prioritäten der Beitrittspartnerschaft geleistet und gute Fortschritte bei der Rechtsangleichung an den gemeinschaftlichen Besitzstand und bei dem Aufbau der hierfür erforderlichen Umsetzungsstrukturen in den meisten Bereichen gemacht. Hier haben sich jedoch die Verzögerungen bei der Umsetzung der Reform des öffentlichen Dienstes hinderlich ausgewirkt. Die Priorität in bezug auf Um- und Durchsetzung sollte unter besonderer Berücksichtigung der Bereiche Telekommunikation, Landwirtschaft, Zoll- und Steuerverwaltung, Sicherheit des Seeverkehrs und Finanzkontrolle systematischer angegangen werden.“

Der vollständige Wortlaut des Zweiten Regelmäßigen Berichts der Kommission ist im Internet unter der Adresse [http://www.europa.eu.int/comm/enlargement/latvia/rep\\_10\\_99/aa.htm](http://www.europa.eu.int/comm/enlargement/latvia/rep_10_99/aa.htm) abrufbar. Die Einzelheiten des Ersten Regelmäßigen Berichts, der am 4. November 1998 veröffentlicht wurde, können im Themenpapier PE 167.532/rev. 2 nachgelesen werden.

#### **b) Europäisches Parlament**

Das Europäische Parlament vertrat hinsichtlich der Agenda 2000 und der Stellungnahmen der Kommission zu den Beitrittsanträgen die Ansicht, dass der Erweiterungsprozess so umfassend wie möglich sein sollte. Am 4. Dezember 1997 nahm das Europäische Parlament eine Entschließung zur Mitteilung der Kommission „Agenda 2000 - eine stärkere und erweiterte Union“ (C4-0371/97) an. In der Entschließung vertritt das Parlament die Auffassung, „dass alle Beitrittskandidaten, die das in Kopenhagen festgesetzte Kriterium einer gefestigten demokratischen Ordnung, der Wahrung der Menschenrechte und des Schutzes von Minderheiten derzeit erfüllen, das Recht haben, zur gleichen Zeit den verstärkten Beitritts- und Verhandlungsprozess aufzunehmen und dass dieser Prozess für alle diese Länder Anfang 1998 beginnen sollte.“ Der Prozess sollte umfassend sein und intensive Verhandlungen auf individueller Grundlagen mit den Ländern beginnen, „die die größten Fortschritte erzielt haben“, und das EP „unterstützt - auch wenn es einige faktische Ungenauigkeiten feststellt - die Einschätzung der Kommission hinsichtlich der diesbezüglichen Länder“. Speziell zu Lettland heißt es, „dass Lettland beachtliche Fortschritte beim Aufbau nationaler Institutionen gemacht hat, dass jedoch Maßnahmen im Bereich der staatlichen Verwaltung und bei der Umsetzung und Durchsetzung der Rechtsstaatlichkeit erforderlich sind, damit der gemeinschaftliche Besitzstand richtig angewandt wird;“ und „dass das Land erfolgreiche marktwirtschaftliche Reformen durchgeführt hat.“ Die Entschließung „stellt das Vorhandensein einer Reihe von Problemen fest, beispielsweise was den Status der russischen Minderheit, den noch nicht abgeschlossenen Privatisierungsprozess und die Notwendigkeit einer Reform des Justizwesens und der Verwaltung betrifft.“

Im November 1998 verabschiedete das Parlament im Vorfeld des Europäischen Rats von Wien eine Entschließung zum Antrag Lettlands auf Beitritt zur Europäischen Union (A4-0430/98). Das Parlament betont darin, dass die Chance für einen reibungslosen Übergang in die Stufe intensiver Verhandlungen stets gegeben sein sollte. Es „äußert seine Genugtuung angesichts des Ergebnisses der Volksbefragung vom 3. Oktober 1998, in der sich die lettische Bevölkerung für eine Änderung des Staatsangehörigkeitsgesetzes dahingehend ausgesprochen hat, dass das

kritisierte System der 'Fenster' abgeschafft und den auf lettischem Boden nach der Erklärung der Unabhängigkeit geborenen Kindern von Staatenlosen automatisch die lettische Staatsangehörigkeit zuerkannt wird.“

**c) Ministerrat und Europäischer Rat**

In Madrid einigte sich der Europäische Rat darauf, dass die Beitrittsverhandlungen mit Zypern und Malta sechs Monate nach Abschluss der Regierungskonferenz beginnen sollten. Er bekräftigte, dass die notwendigen Entscheidungen für den Start der Beitrittsverhandlungen mit den mittel- und osteuropäischen Ländern unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Regierungskonferenz getroffen würden. „Der Rat ist bestrebt zu erreichen, dass die Anfangsphase der Verhandlungen mit dem Beginn der Verhandlungen mit Zypern und Malta zusammenfällt.“ Auf dem Ratstreffen von Florenz wurde nochmals bestätigt, dass die Verhandlungen mit den mittel- und osteuropäischen Staaten mit dem Beginn der Verhandlungen mit Zypern und Malta, d.h. sechs Monate nach Abschluss der Regierungskonferenz, eingeleitet werden sollen.

Die Regierungskonferenz wurde im Juni 1997 in Amsterdam abgeschlossen. Damit wurde der Weg für die Eröffnung von Verhandlungen innerhalb von sechs Monaten in Übereinstimmung mit den Schlussfolgerungen von Madrid frei. Im Dezember 1997 beschloss der Europäische Rat in Luxemburg, „einen Beitrittsprozess einzuleiten, der die zehn mittel- und osteuropäischen Beitrittsländer sowie Zypern umfasst“, und „im Frühjahr 1998 bilaterale Regierungskonferenzen einzuberufen, um die Verhandlungen mit Zypern, Ungarn, Polen, Estland, der Tschechischen Republik und Slowenien über die Bedingungen ihres Beitritts zur Union und die damit verbundenen Anpassungen der Verträge zu beginnen“. Der Erweiterungsprozess wurde wie geplant am 12. März 1998 in London mit der ersten Europäischen Konferenz eingeleitet.

Auf dem Gipfeltreffen von Helsinki im Dezember 1999 hat der Europäische Rat „beschlossen, im Februar 2000 bilaterale Regierungskonferenzen einzuberufen, um mit Rumänien, der Slowakei, Lettland, Litauen, Bulgarien und Malta Verhandlungen über die Bedingungen für ihren Beitritt zur Union und die sich daraus ergebenden Anpassungen des Vertrags aufzunehmen.“ Es wurde betont, dass „bei den Verhandlungen jedes beitrittswillige Land für sich genommen beurteilt werden wird. Dieser Grundsatz wird sowohl für die Eröffnung der Verhandlungen über die verschiedenen Verhandlungskapitel als auch für den weiteren Verlauf der Verhandlungen gelten. Um die Dynamik der Verhandlungen aufrechtzuerhalten, sollten schwerfällige Verfahren vermieden werden. Die beitrittswilligen Länder, die jetzt in den Verhandlungsprozess einbezogen worden sind, werden die Möglichkeit haben, innerhalb eines vertretbaren Zeitraums die Länder einzuholen, mit denen bereits verhandelt wird, sofern sie hinreichende Fortschritte bei ihrer Vorbereitung auf den Beitritt erzielt haben. Fortschritte bei den Verhandlungen müssen mit Fortschritten bei der Einbeziehung des Besitzstands in einzelstaatliches Recht und bei der tatsächlichen Durchführung und Durchsetzung des Besitzstands einhergehen.“

Am 28. März wurden die Verhandlungen zu acht Kapiteln des gemeinschaftlichen Besitzstandes offiziell aufgenommen. Dabei handelte es sich um die Kapitel Wettbewerbspolitik, Statistik, Kleine und mittlere Unternehmen, Wissenschaft und Forschung, Bildung und Ausbildung, Kultur und audiovisuelle Politik, Außenbeziehungen sowie Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik. Mit drei Ausnahmen (Wettbewerbspolitik, Kultur sowie audiovisuelle Politik und Außenbeziehungen) konnten alle diese Kapitel bis zum Ende der portugiesischen

Präsidentschaft abgeschlossen werden. Die lettische Regierung hat sich zufrieden über die bisher erreichten Fortschritte geäußert.

\*\*\*\*\*

*Für weitere Informationen wenden Sie sich bitte an:*

*Adam Isaacs / EUROPÄISCHES PARLAMENT / GD IV*

*Dienststelle Internationale Zusammenarbeit, Analyse und dokumentarische Recherche / Brüssel*

*Tel: (32) 2 284 3072 / Fax: (32) 2 284 9063 / e-mail: isaacs@europarl.eu.int*

*Informationen zur wirtschaftlichen Lage erhalten Sie über:*

*Anton Lensen / EUROPÄISCHES PARLAMENT / GD IV*

*Abteilung Internationale und Konstitutionelle Angelegenheiten*

*Tel: (352) 4300 23707 / e-mail: alensen@europarl.eu.int*

Quellen: Referat Wirtschaftsinformation, Oxford Analytica, Europäische Themenpapiere von Reuter, ISI Securities, BBC monitoring service, Euro-East, Europäische Kommission.

**ZUSAMMENSETZUNG DER REGIERUNG AM 5. MAI 2000**

(Erläuterungen zur Parteizugehörigkeit am Ende der Liste)

Ministerpräsident Andris BERZINS (LC)

- - - - -

**MINISTER:**

Landwirtschaft	Atis SLAKTERIS (TP)
Kultur	Karina PETERSONE (LC)
Verteidigung	Girts KRISTOVSKIS (TuB/LNNK)
Wirtschaft	Aigars KALVITIS (TP)
Bildung und Wissenschaft	Karlis GREISKALNS (TP)
Umweltschutz und regionale Entwicklung	Vladimirs MAKAROVS (TuB/LNNK)
Finanzen	Gundars BERZINS (TP)
Auswärtiges	Indulis BERZINS (LC)
Innenpolitik	Mareks SEGLINS (TP)
Justiz	Ingrida LABUCKA (JP)
Verkehr	Anatolijs GORBUNOVS (LC)
Gesundheit	Andrejs POZARNOVS (TuB/LNNK)

- - - - -

**STAATSMINISTER:**

Minister für besondere Aufgaben bei der Zusammenarbeit  
mit internationalen Finanzinstitutionen Roberts ZILE (TuB/LNNK)

Minister für besondere Aufgaben bei der  
Reform der Verwaltung in Staat und Gemeinden Janis KRUMINS (JP)

- - - - -

**PARTEIZUGEHÖRIGKEIT:**

TP -- Volkspartei

LC -- Lettlands Weg

TuB/LNNK – Für Vaterland und Freiheit/Lettische Nationale Unabhängigkeitsbewegung  
(Parteienzusammenschluss)

JP – Neue Partei